

Chronologie der Affäre um die Bespitzelung des Berliner Sozialforums (BSF) durch den Verfassungsschutz

Von Peter Grottian, Reinhard Schult, Wilhelm Fese und Siggie Graumann

Mittlerweile ist klar: Seit seiner Gründung 2002 bis zum Sommer 2006 haben insgesamt vier V-Leute des Bundesamts für Verfassungsschutz das Berliner Sozialforum und sein Umfeld intensiv ausgeforscht. Das Landesamt für Verfassungsschutz hat mindestens einen V-Mann, der seit über zehn Jahren in „autonomen Kreisen“ aktiv ist, auf das Sozialforum angesetzt. Vier der fünf V-Leute wurden enttarnt und sind in politischen Kreisen seitdem nicht mehr in Erscheinung getreten.

Das Interesse des Bundesamts gilt offenbar v. a. den Sozialprotesten und globalisierungskritischen Bündnissen. Das Berliner Sozialforum scheint deshalb für den Verfassungsschutz so interessant zu sein, weil es ihm gelungen ist, politische Gruppen zu einer Zusammenarbeit zu bringen, die bislang nicht oder kaum zusammengearbeitet haben: Gruppen aus der radikalen Linken arbeiten hier mit Erwerbslosen- und Bürgerinitiativen, gewerkschaftlichen Gruppen und Gruppierungen aus einem breiteren linken Spektrum zusammen. Außerdem diente die Mitarbeit im Sozialforum den V-Leuten offensichtlich als „Eintrittskarte“ in zahlreiche überregionale Bündnisse.

Durch den V-Leute-Einsatz wird eine neue und wichtige Form außerparlamentarischer politischer Arbeit vorsätzlich behindert. Diese hat sich mit den europäischen und internationalen Sozialforen entwickelt und versucht erfolgreich Antworten für die globale soziale und ökologische Krise zu finden. Im vergangenen Jahr wurde sogar der Alternative Nobelpreis an Chico Whitaker Ferreira für die Gründung der Weltsozialforen verliehen. Nicht die Umsetzung der Sozialforums-idee auch in Berlin gefährdet die Verfassung, sondern die Behinderung dieser gerade in Sachen Demokratie wegweisenden politischen Arbeit durch den Verfassungsschutz!

12.06. 2006 Erster Spiegelbericht

Der Spiegel berichtet über die Bespitzelung des Berliner Sozialforum und Peter Grottian:

- ein Spitzel des Berliner Verfassungsschutzes, der sich seit Jahren im Kreuzberger Milieu bewegt, sei auch auf das Sozialforum angesetzt worden
- eine zweiter Spitzel im BSF sei vom Bundesamt für Verfassungsschutz
- außerdem nahm im Oktober 2003 ein Kriminaloberkommissar eines mobilen Einsatzkommandos der Berliner Polizei an einer Pressekonferenz des Sozialforums teil: Inhalte der Pressekonferenz und Namen der Teilnehmer seien notiert worden.

In den Akten des Verfassungsschutzes sei laut Spiegel zu finden:

- dass die Bezirksbürgermeisterin mit dem Sozialforum (Haus AG) über ein soziales Zentrum verhandelt hat (in einer seit Jahren leer stehenden KiTa in der Glogauer Straße)
- was die Bezirksbürgermeisterin mit Michael Prütz (früher PDS, jetzt WASG) besprach
- Protokolle über nahezu alle Sitzungen des BSF
- ein internes Papier von Peter Grottian für die Struktur des BSF
- der Treffpunkt für eine Demo von Ver.di
- und sogar ein Protokoll einer Diskussion über einen Mitgliedsbeitrag für das BSF

→ Bei den gesammelten Informationen handelt es sich keineswegs um „Geheiminformationen“; so stehen z.B. die Protokolle des BSF auf der Homepage.

Mitte Juni: Akteneinsicht für Peter Grottian und die Mitglieder des Berliner VS-Ausschuss

- Peter Grottian und die Mitglieder des Verfassungsschutzausschusses erhalten Akteneinsicht. Grottian werden 80 Seiten vorgelegt, den Ausschussmitgliedern fünf Aktenordner.

22.06.2006 Öffentliche Sitzung des Verfassungsschutzausschusses

- Die Leiterin des Verfassungsschutzes Claudia Schmidt und Innensenator Körting rechtfertigen den Spitzeleinsatz damit, das BSF sei von Autonomen unterwandert; diese seien Beobachtungsobjekt; dafür wird zusammenhangslos aus öffentlich und nicht öffentlich zugänglichen Quellen zum Teil völlig aus dem Zusammenhang gerissen zitiert.

- Beobachtet würden u.a. die Gruppen Autopool, Fels und ALB.
- Es wurden drei konkrete Zielpersonen angesprochen (Die wegen der IWF-Kampagne Ermittlungsverfahren hatten; diese wurden bereits 1993 eingestellt!).
- Der Einsatz eines V-Manns des Berliner Verfassungsschutzes wurde bestätigt; zusätzlich seien „Erkenntnisse anderer Behörden“ eingeflossen.
- Es gäbe eine interne Liste von Beobachtungsobjekten, die Körting jährlich vorgelegt würde; das BSF und Peter Grottian seien nicht dabei.
- Die fünf Ordner, in denen das BSF und Grottian genannt würden, wären lediglich ein Ausschnitt aus der Beobachtung autonomer Gruppen.
- Auf Grund von Informationen des Verfassungsschutzes über Aktivitäten von Autonomen im BSF habe Körting mit einem Brief an die Bezirksbürgermeister Reinauer interveniert; deshalb hat das BSF die leer stehende KiTa in der Glogauer Straße nicht für ein soziales Zentrum bekommen.
- Die „Maisteine-AG“, die rein autonom bestimmt gewesen sei, wäre die größte AG des BSF. (Das ist falsch! Das war ein völlig anderes Bündnis! Im BSF gab es zu der Zeit eine „AG Probersteine“, die vor allem inhaltliche Fragen diskutiert hat.)

→ Für die angesprochenen Informationen wäre kein Spitzereinsatz nötig gewesen – alle konkret genannten Informationen sind im Internet öffentlich zugänglich.

29.06.2006 Plenarsitzung des Berliner Abgeordnetenhauses

- Innensenator Körting verspricht auf Nachfrage der Grünen allen Betroffenen Akteneinsicht.

Ende Juni 2006 Enttarnung von 2 V-Leuten durch Mitglieder des BSF

- Bei einem der Männer, der offenbar für das Landesamt tätig war, handelt es sich um einen altgedienten Genossen, der seit Anfang der 90er Jahre in autonomen Kreisen aktiv war. Er konnte auf Grund von Informationen aus der Akteneinsicht von Peter Grottian identifiziert werden. Sein Name ist auch dem Spiegel bekannt – woher der Spiegel die Information hat, konnte nicht herausgefunden werden.
- Der zweite Mann war offenbar für das Bundesamt tätig. Gegen ihn gab es schon seit ca. einem Jahr einen Verdacht, als verdeckter Ermittler tätig zu sein, weil er mehrfach ohne jegliche Absprache auf überregionalen Treffen globalisierungskritischer Gruppen und Bündnisse auftrat und sich dort als Mitglied des BSF vorstellte. Da seine „Legende“ aber offenbar stimmte, konnte der Verdacht nicht erhärtet werden. Nach dem Spiegel-Bericht löste sich das Rätsel – es war ein V-Mann des Verfassungsschutzes, der im Unterschied zu verdeckten Ermittlern der Polizei typischerweise keine Legende hat. Offenbar nutzte er das BSF vor allem als „Eintrittskarte“. Im BSF selbst war er für die Mailingliste verantwortlich und hielt sich politisch auffällig zurück. Nach der Konfrontation kam er noch einmal ins Plenum des Sozialforums und wollte sich beschweren – deshalb hat sich sein Name relativ weit herumgesprochen.
- Das BSF beschließt, die Namen nicht zu veröffentlichen, weil es zwar „erdrückende Indizien“ aber keine „echten“ Beweise gibt (was an der Arbeitsweise von V-Leuten liegt!).
- Beide sind in der Folge nicht mehr in politischen Gruppen in Erscheinung getreten und leben nach wie vor in Berlin.

Ab Mitte Juni: Anträge auf Akteneinsicht

- Ca. 20 Personen aus dem BSF stellen beim Landesamt und teilweise auch beim Bundesamt für Verfassungsschutz Antrag auf Akteneinsicht.

Ende Juni/Anfang Juli: zwei weitere Enttarnungen

- Peter Grottian enttarnt zwei weitere V-Leute. Einer war im Umfeld der Sozialproteste aktiv. Er fiel ihm in der Vorbereitung der Agenturschluss-Aktion auf. Ein zweiter war Mitglied in der Initiative Berliner Bankenskandal. Beide sind Studenten. Einer gestand die V-Mann-Tätigkeit ein; der andere tritt diese zumindest nicht ab.

23.08. 2006 Angebot Berliner Wissenschaftler zur Evaluierung der Arbeit des Verfassungsschutzes

- Einige Wissenschaftler (u.a. Peter Grottian) bieten Körting in einem Schreiben an, die Arbeit des Verfassungsschutzes wissenschaftlich zu evaluieren. Akteneinsicht und Ausschussaussagen zeigen, wie unzuverlässig und grob falsch die Einschätzungen des VS über die Linke sind.
- Die Fraktion Bündnis 90/die Grünen bringt am 30.8. einen dementsprechenden Antrag ein, der wegen Ende der Legislaturperiode nicht mehr verhandelt wird.

24.08.2006 Sitzung des Verfassungsschutzausschusses

- Körting kündigt entgegen seiner früheren Aussage an, dass die Betroffenen keine Akteneinsicht bekommen werden.
- Durch die vielen Anträge sei versucht worden, die Arbeit des Verfassungsschutzes zu behindern.

Oktober 2006: Veröffentlichung der Stellungnahme des BSF zu den Enttarnungen von vier V-Leuten

- Beschreibung der betroffenen Personen ohne Nennung von Namen
- Begründung der Nichtnennung der Namen mit fehlenden „echten“ Beweisen
- Große Zustimmung zum Umgang mit den Enttarnung von verschiedenster – auch überregionaler – Seite
- Scharfe Kritik kommt aber aus Berliner radikal-linken Kreisen; vor allem auch gegen Peter Grottian als Person gerichtet.

Anfang November 2006

- Die Anträge auf Akteneinsicht beim Bundesamt für Verfassungsschutz werden größtenteils abgelehnt. Es wird mitgeteilt, es seien über die Antragsteller keine Daten in den „hier geführten automatisierten Dateien“ gespeichert.
- Einige Personen erhielten bisher keinen Bescheid.

27.11.2006 Zweite Spiegelmeldung

- Peter Grottian und das Berliner Sozialforum seien intensiver überwacht worden als bisher bekannt war. Alleine drei V-Leute des Bundesamts hätten über das Berliner Sozialforum berichtet – macht mit dem Berliner Kollegen mindestens vier Spitzel! Auf Nachfrage bei der Spiegel-Redaktion wurde ein Fehler in dem Bericht eingeräumt: Es seien insgesamt sogar fünf V-Leute im Berliner Sozialforum und seinem Umfeld unterwegs gewesen.
- Das Bundesamt für Verfassungsschutz begründet die Bespitzelung mit „Grottians Kontakten zu linksradikalen Autonomen“.

07.12.2006 Sitzung des neu besetzten VS-Ausschusses

- Die Verfassungsschutzleiterin Schmidt behauptet auf Nachfrage des grünen Abgeordneten Dirk Berendt, warum bisher keine Akteneinsicht gewährt worden sei: Es seien „eine Menge“ Auskunftsbescheide erteilt worden, in denen Akteneinsicht oder die Zusendung von Kopien angeboten worden sei.
- Ihre Aussage war schlicht falsch: Bis zu dem Zeitpunkt hatte nur Peter Schrott, stellvertretender Vorsitzender und Bündnisbeauftragter von Ver.di Berlin, einen – abschlägigen – Bescheid bekommen. Im Übrigen werden in seinem Bescheid mehrere politische Tätigkeiten, die gespeichert worden seien, genannt: darunter eine mehrere Jahre zurückliegende Kandidatur für die DKP sowie die Teilnahme an mehreren Montagsdemonstrationen.

Ende Dezember/Anfang Januar: 15 Mitglieder des engeren Kreises des Sozialforums erhalten Bescheide der Anträge auf Akteneinsicht

- Ihnen wurde mitgeteilt, ihr Name sei in Akten zu „linksextremistischen Gruppen“ genannt.
- Eine Akteneinsicht könne nicht erteilt werden, weil „eine Ausforschung des Erkenntnisstandes und der Arbeitsweise des Berliner Verfassungsschutzes zu befürchten“ sei.
- Drei Personen erhalten darüber hinaus Auskunft über gespeicherte Informationen zur Teilnahme an Demonstrationen, u.a. der Montagsdemonstrationen. Eine Person hat ausschließlich beruflich als Pressevertreter an den Veranstaltungen teilgenommen.

Mitte Januar: Erste Klagen werden eingereicht

- Sönke Hilbrand wird als Anwalt beauftragt. Vier Klagen auf Akteneinsicht werden beim Verwaltungsgericht eingereicht.
- Es wird Kontakt mit dem Berliner Datenschutzbeauftragten Dix aufgenommen. Dix sichert die Prüfung des Sachverhalts und die Überprüfung der Argumentation des VS bei nicht anhängigen juristischen Verfahren zu. Er räumt ein, dass der Einsatz der V-Leute datenschutzrechtlich problematisch sein könnte. Die anderen Betroffenen wenden sich daraufhin in einem Schreiben an den Datenschutzbeauftragten.

15.02. 2007 Beantwortung einer Kleinen Anfrage zur Akteneinsicht im Schnecken tempo

- Nach Auskunft von Körting wurden insgesamt 103 Anträge auf Auskunft/Akteneinsicht gestellt.
- Nach Darstellung des Verfassungsschutzes wurden 77 Bescheide erteilt, wobei in 54 Fällen mitgeteilt wurde, dass keinerlei Daten gespeichert wurden. Es gibt also selbst nach der Auskunft des Verfassungsschutzes nach mehr als einem halben Jahr lediglich in 23 Fällen verwertbare Antworten.
- Angeblich wurde einzelnen Betroffenen nicht nur Akteneinsicht, sondern auch die Übersendung von Kopien angeboten (auch das stimmt für alle Anfragen, von denen wir konkret wissen, nicht).

14.03.2006 3. Sitzung des VS- Ausschusses

- In der Sitzung des Verfassungsschutzausschusses ist das Berliner Sozialforum wieder Thema. Es wird deutlich, wie weit die Überwachung getrieben wurde: Es existieren Akten zu Projekten wie „Denk Mai Neu“ („Personenbündnis“), dem geplanten Sozialen Zentrum in der Glogauer Straße, der Initiative Berliner Bankenskandal, der Aktion „Agenturschluss“ der Erwerbslosenbewegung, der Vorbereitung der Großdemonstration vom 01.11.2003 gegen die Agenda 2010, dem Aktionsbündnis Soziales Berlin vom Oktober 2003 bis Februar 2004, der Bettel-Demonstration im Grunewald, der Schwarz-Fahr-Aktion zur Verhinderung der Abschaffung des Sozialtickets, der Vorbereitung der G8-Proteste usw.
- Obwohl das Berliner Sozialforum an den meisten dieser Projekte und Aktionen beteiligt war, wird erklärt, dass „das Berliner Sozialforum zu keinem Zeitpunkt zielgerichtet beobachtet worden ist“.
- Deutlich erkennbar ist, dass Körting keinerlei Interesse an einer weiteren Beschäftigung mit der Bespitzelung des Sozialforums hat ...

März 2007: Die Namen von zwei V-Leuten werden veröffentlicht

- In der Interim werden die Namen von zwei der V-Leute, die enttarnt worden sind, veröffentlicht. Die Autoren der Veröffentlichung sind uns nicht bekannt.

11.04.2007 Peter Grottian erhält einen Bericht vom Datenschutzbeauftragten

- In dem Bericht schreibt der Datenschutzbeauftragte Dix, dass keine Anhaltspunkte für ein datenschutzwidriges Vorgehen der Verfassungsschutzbehörde bei der uneingeschränkten Aktenprüfung durch ihn erkennbar geworden seien.
- Er bezieht sich auf die „Quellenschutz“-Begründung des Verfassungsschutzes, auf Grund derer die Verweigerung der erweiterten Akteneinsicht für Peter Grottian gesetzlich gerechtfertigt sei.